

ASIEN AKTUELL

Taiwan nach den Präsidentschaftswahlen – eine Momentaufnahme

Gunter Schubert

Am 20. März 2004 fanden in Taiwan zu dritten Mal Direktwahlen für das Amt des Staatspräsidenten statt. Sie wurden überschattet von zwei Schüssen, die am Vorabend des Wahltages auf den Amtsinhaber und erneuten Präsidentschaftskandidaten der regierenden Demokratischen Fortschrittspartei (DFP) Chen Shuibian und seine Stellvertreterin Lu Xiulian (Annette Lu) abgegeben wurden. Beide wurden nur leicht verletzt, Chen durch eine Fleischwunde am Bauch und Lu durch einen Streifschuss am Knie.¹ Der Täter konnte zunächst nicht gestellt werden. Der Urnengang bescherte dem Gespann Chen/Lu einen hauchdünnen Sieg. Nach dem von der Zentralen Wahlkommission festgestellten, vorläufigen amtlichen Endergebnis erreichten sie 50,11 Prozent der Stimmen. Auf die beiden Herausforderer des "blauen Lagers", Lian Zhan von der Guomindang (GMD) und Song Chuyu (James Soong) von der Qinmindang (People First Party/PFP), entfielen 49,89 Prozent. Faktisch siegte das "grüne Lager" mit einer Mehrheit von weniger als 30.000 Wählerstimmen. Mehr als 330.000 Stimmen wurden als ungültig gewertet.

Tab. 1: Die dritten Präsidentschaftswahlen in Taiwan (20. März 2004)

Kandidaten	Stimmen	Stimmenanteil in %
Chen Shuibian/Lu Xiulian (DFP)	6.471.970	50,11
Lian Zhan/Song Chuyu (GMD/PFP)	6.442.452	49,89

Anm.: Wahlberechtigt: 16.507.179; Wahlbeteiligung: 80,28 Prozent
(<http://www.president2004.nat.gov.tw>)

Die nebulösen Umstände der auf Chen und Lu abgegebenen Schüsse und der überaus knappe Wahlausgang veranlasste die aufgebrachten Anhänger des blauen Lagers, tagelang vor dem Präsidentenpalast in Taibei und in anderen Städten zu demonstrieren. An diesen Demonstrationen beteiligten sich auch zahlreiche Funktionäre und Abgeordnete von GMD und PFP sowie die beiden Amtsbewerber Lian und

¹ "President, vice president shot on campaign eve", *Taipei Times*, 19. März 2004.

Song selbst.² Sie forderten eine Neuauszählung der Stimmen und strengten sofort zwei Klagen an, um die Suspendierung und die Annullierung des Wahlergebnisses wegen Betrugs zu erreichen. Dahinter stand der mehrmals ausgesprochene Verdacht, der Präsident selbst stehe hinter dem Attentat und habe dieses vorgetäuscht, um im letzten Moment noch unentschlossene Wähler auf seine Seite zu ziehen. Außerdem führten Vertreter der Allianz aus GMD und PFP die Behauptung ins Feld, die hohe Zahl an ungültigen Stimmen verweise auf Wahlbetrug.³

Tatsächlich verfügte der Taipei High Court am 21. März vorsorglich die Versiegelung aller Wahlurnen, ohne jedoch eine Neuauszählung der Stimmen anzuberaumen.⁴ Nach kurzem Zögern willigte Präsident Chen Shuibian am 23. März ein, die Wahlgesetzgebung kurzfristig zu ändern und auf diese Weise eine Neuauszählung der Stimmen zu ermöglichen.⁵ Ein entsprechendes Gesetz der DFP, das noch in der laufenden Woche vom Legislativ Yuan verabschiedet werden sollte, wurde jedoch von der Opposition blockiert und löste zudem eine politische und juristische Debatte über die problematische rückbindende Wirkung aus, die hier zum Tragen kommen sollte.⁶ Die Allianz aus GMD und PFP verlangte stattdessen ein präsidentielles Dekret, um einen sofortigen *recount* zu ermöglichen. Schließlich versprach Chen eine Woche nach den Wahlen, eine Vereinbarung über eine sofortige Neuauszählung der Stimmen unterzeichnen zu wollen.⁷ Der Taipei High Court kündigte wiederum an, diese durch die lokalen Bezirksgerichte unter Beteiligung von Vertretern der rivalisierenden Lager durchführen zu lassen, sofern GMD und PFP ihre beiden Klagen nach der Verkündung des Wahlsiegers durch die Zentrale Wahlkommission erneut einbringen würden.⁸ Damit war zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Berichts der Weg für einen *recount* prinzipiell geebnet.

Das von Chen Shuibian mit dem Urnengang vom 20. März verknüpfte Referendum, das im Vorfeld für eine erhebliche Belastung nicht nur des sino-taiwanesischen Verhältnisses, sondern auch der für Taiwan enorm wichtigen Beziehungen zu den USA geführt hatte, wurde aufgrund einer zu geringen Beteiligung für ungültig erklärt. Lediglich 45 Prozent der Stimmberechtigten nahmen an der umstrittenen Volksbefragung teil; 50 Prozent hätten es sein müssen, um das Mindestquorum zu erfüllen. Dieses Ergebnis wurde von führenden Vertretern der DFP mit Bedauern kommentiert. Immerhin hatte Chen Shuibian vor den Wahlen verlauten lassen, seine

² "KMT, PFP politicians stand out from the crowd at protests", *Taipei Times*, 23. März 2004; "Kaohsiung mayor asks for calm", *Taipei Times*, 22. März 2004.

³ Es wurden auch einige Vorfälle genannt, die auf Unregelmäßigkeiten hindeuten schienen, so z.B. die Zulassung zweier Kinder zu einer Wahlstation im Kreis Jiayi und die Verwendung von Tinte im Kreis Jinmen, durch die Wahlzettel verschmiert worden waren. Eine Abgeordnete der PFP berichtete von manipulierten Wahlstempeln in Taipeh. Siehe "Lawmakers from pan-blue camp put pressure on CEC", *Taipei Times*, 23. März 2004; "Legislators fail to solve impasse over voter recount", *Taipei Times*, 15. März 2004.

⁴ "Lien demands immediate recount", *Taipei Times*, 22. März 2004.

⁵ "Taiwanese President agrees to recount", *New York Times*, 23. März 2004.

⁶ "Dispute brewing over retroactive bill", *Taiwan News*, 26. März 2004.

⁷ Chen und Lu Xiulian waren am 26. März von der Zentralen Wahlkommission offiziell zu den Gewinnern der Präsidentschaftswahlen erklärt worden. Siehe "Chen declared winner despite protests", *Taipei Times*, 26. März 2004.

⁸ "Pan-blue camp plans to refile election suits", *Taipei Times*, 20. März 2004.

eventuelle Bestätigung im Amt sei "bedeutungslos" ohne einen Erfolg in dieser von ihm im letzten Jahr initiierten Volksbefragung.⁹ Offensichtlich wollten auch seine eigenen Wähler einen Unterschied machen zwischen ihrem Votum für den Präsidentschaftskandidaten einerseits und einer demonstrativen Positionierung gegen die VR China andererseits, die vor allem in der ersten Referendumsfrage deutlich wurde.¹⁰

Aufgrund der unübersichtlichen Lage nach den Wahlen hielten sich ausländische Regierungen mit Kommentaren und Glückwünschen für den Wahlsieger zurück. Besonders augenfällig war das zögerliche Verhalten der US-Administration. Auch die chinesische Regierung beobachtete die Lage abwartend und harnte der weiteren Entwicklung. Die Pistolenschüsse auf Chen Shuibian und seine Stellvertreterin hatte sie lediglich in einem kurzen Statement zur Kenntnis genommen.¹¹ Mit offensichtlicher Genugtuung ließ sie später kurz und knapp verlauten, die Ablehnung des Referendums durch die taiwanesischen Bevölkerung habe bewiesen, dass diese "illegale Maßnahme sehr unpopulär" gewesen sei.¹²

Welche ersten Schlüsse lassen sich nun ungeachtet des von der Opposition angefochtenen und daher vielleicht noch zu revidierenden vorläufigen Endergebnisses aus den Präsidentschaftswahlen ziehen? Auf den ersten Blick hätte die politische Polarisierung der taiwanesischen Bevölkerung nicht deutlicher zutage treten können als in dem knappen Wahlergebnis vom 20. März. Die Frage ist allerdings, an welchen strittigen Punkten sich diese Polarisierung genau festmacht. Dabei sollte der Fehler vermieden werden, die oft zitierte Frontstellung zwischen "Wiedervereinigern" und Unabhängigkeitsbefürwortern in Taiwan als den entscheidenden erklärenden Faktor ins Feld zu führen. Dieser Konflikt erklärt nur sehr vordergründig, worum es im Kern geht. Insofern ist auch der häufig genannte Aspekt der ungeklärten nationalen Identität Taiwans als Konflikt zwischen einem gesamtchinesischen und einem taiwanesischen Nationalismus bei genauerem Hinsehen nur von begrenzter Erklärungskraft. Denn tatsächlich steht die nationale Identität Taiwans gar nicht mehr zur Debatte, sofern man diese als Ausdruck eines kollektiven Bekenntnisses von Bürgern zur Souveränität ihres Staates begreift. In der Frage der Souveränität Taiwans bzw. der Existenz einer durch ihre spezifischen historischen Erfahrungen gewachsenen politischen Gemeinschaft ziehen die große Mehrheit der Taiwanesen und alle maßgeblichen Parteien seit langem schon an einem Strang. Umstritten sind

⁹ "Taiwan President re-elected, opponent says invalid", *Reuters*, 20. März 2004.

¹⁰ Der Bevölkerung wurden zwei Fragen vorgelegt, die in der englischen Übersetzung wie folgt lauteten: 1. "The people of Taiwan demand that the Taiwan Strait issue be resolved through peaceful means. Should mainland China refuse to withdraw the missiles it has targeted at Taiwan and to openly renounce the use of force against us, would you agree that the government should acquire more advanced anti-missile weapons to strenghten Taiwan's self-defence capabilities?"; 2. "Would you agree that our government should engage in negotiation with Mainland China on the establishment of a 'peace and stability' framework for cross-strait interactions in order to build consensus and for the welfare of the peoples on both sides?".

¹¹ Der Text dieses Statements, das vom Taiwan Affairs Office beim chinesischen Staatsrat verkündet wurde, lautete: "We have taken note of the shooting at Chen Shui-bian and Annette Lu. We'll continue to follow the developments". Siehe "China sends Taiwan an indifferent message", *Associated Press*, 19. März 2004.

¹² "China gloats over referendum failure, notes suspicions", *Taipei Times*, 22. März 2004.

allein die weiteren Konsequenzen, die man aus diesem unausgesprochenen Grundkonsens im Kontext der Bedrohung durch den Souveränitätsanspruch der VR China über die Insel ziehen soll. Hier scheiden sich zwischen dem blauen und dem grünen Lager allerdings die Geister.

Während sich die DFP unter Chen Shuibian zum Ziel gesetzt hat, den bereits erreichten Grad nationaler Identität auf Taiwan durch eine symbolische Politik der Abgrenzung vom chinesischen Festland weiter zu verstärken, will sich das blaue Lager unter Führung der GMD aus unterschiedlichen Gründen den Weg "zurück nach China" offen halten. Dabei spielen sicherheitspolitische und ökonomische Erwägungen inzwischen eine größere Rolle als die emotionale Verbundenheit mit dem gesamtchinesischen Gedanken, dessen Verwirklichung sowohl in den Reihen der GMD als auch der PFP (und der kleinen nationalistischen Neuen Partei) an eine vorgängige Verwirklichung von Freiheit und Demokratie in China gebunden ist. Die Wiedervereinigung als Option für die Zukunft, die die Opposition aus pragmatischen und ideellen Gründen fordert und die auch Chen Shuibian in der Frühphase seiner ersten Amtsperiode explizit anerkannte, wird hingegen vom grünen Lager heute nicht mehr thematisiert.

Das gilt besonders für die vom ehemaligen GMD-Vorsitzenden und früheren Staatspräsidenten Li Denghui gestützte Taiwan Solidarity Union (TSU), aber auch für Chen Shuibian und die DFP. So verfolgt Chen seit einiger Zeit das Projekt einer Verfassungsneuschreibung, die bis 2006 abgeschlossen sein soll. Das neue Regelwerk soll die derzeit geltende, mehrmals revidierte Verfassung der Republik China von 1947 ersetzen und Ende 2006 einer Volksbefragung unterworfen werden.¹³ Zwar fehlen der DFP wohl noch auf lange Sicht die parlamentarischen Mehrheiten, um dieses Ziel gegen die Opposition durchzusetzen; aber allein seine Verkündung macht deutlich, wohin die Reise nach den Vorstellungen der Regierungspartei geht: Die De-facto-Unabhängigkeit Taiwans soll durch symbolträchtige Initiativen und Aktionen¹⁴ im Bewusstsein der Menschen Taiwans mit einer kollektiven Identität untermauert werden, die über das Bekenntnis zur Souveränität des eigenen Staates hinausgeht: Sie soll eine taiwanesisische Nation konstituieren, die sich zwar kulturell als Teil von China begreift, die politischen Ansprüche des von Beijing postulierten 'Ein-China'-Prinzips jedoch kompromisslos zurückweist.

Grundsätzlich wird dieses Bestreben von GMD und PFP durchaus geteilt; allein fürchtet man dort, dass die politischen Kosten einer solchen Strategie für Taiwan angesichts seiner prekären Sicherheitslage zu hoch sind. Insofern darf die hochgradig emotionale Reaktion des blauen Lagers auf seine knappe Niederlage in den Präsidentschaftswahlen nicht als nationales Pathos gesamtchinesisch orientierter Nationalisten missverstanden werden, sondern ist vor allem auf die schmerzhaft

¹³ "Chen launches his missile vote", in: *Far Eastern Economic Review*, 29. Januar 2004, 24-27 (26).

¹⁴ Eine besonders symbolträchtige Aktion war die am 28. Februar von 1,5 Millionen Menschen gebildete Menschenkette, die sich über 500 Kilometer von der nördlichen Hafenstadt Jilong bis zum südlichsten Landkreis Pingdong hinzog und mit der sowohl gegen die Raketenbedrohung durch die VR China als auch für die ethnische und nationale Einheit Taiwans demonstriert wurde. Siehe "Millions form human chain in plea for peace", in: *Taiwan Journal*, 5. März 2004, 1.

Erfahrung zurückzuführen, in einem heftigen Machtkampf unterlegen zu sein und nun vielleicht für längere Zeit ins politische Abseits zu geraten.

Dabei ist ein Blick auf die Abstimmungstrends der vergangenen vier Jahre besonders aussagekräftig. Nachdem Chen Shuibian die Präsidentschaftswahlen 2000 mit einem Stimmenanteil von nur 39,3 Prozent gewonnen hatte und dabei entscheidend von der damaligen Konkurrenz seiner beiden Mitbewerber Lian Zhan und Song Chuyu bzw. von der Spaltung des Stimmenreservoirs der GMD profitierte, haben sich die Gewichte seit dem deutlich zu seinen Gunsten verschoben. Obwohl sich Lian und Song im Februar 2003 zusammenschlossen und einen gemeinsamen Wahlkampf führten, nahm ihnen Chen rein rechnerisch ca. 11 Prozentpunkte ab. So gesehen ist der Amtsinhaber der klare Sieger der jetzigen Wahlen und das Ergebnis Ausdruck einer unstrittigen Verlagerung der Mehrheitsverhältnisse in Taiwan hin zum grünen Lager. Dass dieser Trend nicht nur an die Person des Präsidenten gebunden ist, wurde bereits in den Parlamentswahlen 2001 bestätigt, als die DFP mit 33,4 Prozent der Stimmen zum ersten Mal die stärkste Fraktion im Legislativ Yuan wurde. Die GMD verlor gleichzeitig erstmals ihre absolute Mehrheit, kam lediglich auf 28,6 Prozent der Stimmen und konnte sich nur noch durch eine informelle Koalition mit der People First Party als stärkste parlamentarische Kraft behaupten. Für die Ende des Jahres anstehenden Parlamentswahlen haben eine Reihe von Experten in Taiwan dem grünen Lager die Erlangung einer absoluten Mehrheit vorausgesagt, mindestens aber weitere Stimmenzugewinne.¹⁵ Sollte dies zutreffen, stehen GMD und PFP der Entscheidung, sich entweder weiter auf die politischen Positionen des grünen Lagers zuzubewegen oder aber den Weg in eine "strukturelle" Opposition ohne realistische Aussicht auf eine baldige Rückkehr an die Macht zu gehen. Es deutet somit alles darauf hin, dass die derzeitige Chinapolitik des grünen Lagers allmählich Mainstream-Charakter gewinnt und das blaue Lager dazu zwingen wird, das 'Ein-China'-Prinzip zugunsten einer noch stärkeren Akzentuierung der Souveränität und der nationalen Eigenständigkeit Taiwans zu relativieren. Dieser Schluss kann auch dann gezogen werden, wenn es Lian Zhan am Ende doch noch gelingen sollte, den Sieg für sich zu reklamieren.

Gewisse Rätsel gibt die unerwartete Verfehlung des Mindestquorums bei der Volksbefragung auf. Die vom blauen Lager und auch von der VR China kolportierte Auffassung, eine Mehrheit der taiwanesischen Bevölkerung habe damit der Chinapolitik der Regierung von Chen Shuibian eine Absage erteilt, ist angesichts des oben beschriebenen Wählerrends hin zum grünen Lager nicht überzeugend. Allerdings scheint sich in diesem Ergebnis die chinapolitische Vorsicht widerzuspiegeln, die den taiwanesischen Wähler auszeichnet und die sich z.B. auch in jener absoluten Mehrheit der Status-quo-Befürworter manifestiert, die in allen Umfragen zum Unterstützungsgrad von Wiedervereinigung und Unabhängigkeit in Taiwan seit Jahren ermittelt wird. Eine solche Status-quo-Orientierung bedingt, dass unnötige Provokationen der VR China vermieden werden, wenn die dahinter stehenden Aktionen hinsichtlich ihres erkannten Nutzens nicht höher bewertet werden als die Kosten der Provokation. Insofern könnte man unterstellen, dass eine substantielle Mehrheit der Taiwanesen die beiden Referendumsfragen durchaus mit Ja beantwort-

¹⁵ "Analysts expect gains for greens come December", *Taipei Times*, 22. März 2004.

tet hätte, wäre ein solcher Nutzen erkannt worden. Ein Quorum von immerhin 45 Prozent mit einem Anteil von 90 Prozent Ja-Stimmen bei beiden Referendumsfragen als Beweis für eine Ablehnung der Politik der Chen-Administration zu werten, ist zumindest eine gewagte Behauptung.

Wie geht es nun weiter? Sollte das Wahlergebnis Bestand haben und Chen Shuibian eine zweite Amtsperiode antreten können, wird er seiner chinapolitischen Linie wahrscheinlich treu bleiben. Für den Fall eines Sieges bei den Parlamentswahlen Ende des Jahres dürfte alsbald eine noch intensivere Debatte über eine neue Verfassung einsetzen, der sich dann auch das blaue Lager nicht entziehen könnte. Kompromisse in der Frage des 'Ein-China'-Prinzips sind von einer neuen Chen-Administration nicht zu erwarten. Solange die VR China ein Bekenntnis zu diesem Prinzip zur Vorbedingung für neue Gespräche zwischen Beijing und Taipei macht, werden diese nicht stattfinden. Angesichts der diesbezüglich starren Haltung der chinesischen Regierung ist daher nicht absehbar, das sich das sino-taiwanische Verhältnis in näherer Zukunft nennenswert entspannen könnte.

Besonders gespannt darf man auf die Konsequenzen des Ausgangs der Präsidentschaftswahlen für die Allianz aus GMD und PFP, besonders aber für die Zukunft der GMD blicken – vor allem dann, wenn die langjährige Regierungspartei auch in den anstehenden Wahlen zum Legislativ Yuan im kommenden Dezember noch einmal Stimmenanteile einbüßen müsste. Ausländische und taiwanische Beobachter sind weitgehend einig darin, dass sich Parteichef Lian Zhan nach seiner zweiten Niederlage in einer Präsidentschaftswahl nicht mehr länger halten lässt.¹⁶ Als aussichtsreichster Nachfolgekandidat gilt der auch bei seinen politischen Gegnern respektierte Bürgermeister von Taipei, Ma Yingjiu. Die Aussicht, als geschlagener Politiker abtreten zu müssen, mag einen guten Teil der Verbitterung Lian Zhans erklären, mit der dieser auf seine knappe Wahlniederlage reagiert hat – und die Entschlossenheit, mit der er sich ihr entgegenstemmt. Aber auch unter einem neuen Parteivorsitzenden wird die GMD ihre Chinapolitik überdenken müssen, wenn sie zurück an die Macht will. Die eigentümliche Ambivalenz, mit der die Partei bisher versucht hat, die Souveränität Taiwans mit dem 'Ein-China'-Prinzip zusammen zu bringen, lässt sich nicht mehr "verkaufen". Die GMD ist gezwungen deutlich zu sagen, wie sie diese beiden Aspekte konzeptionell verbinden will, um der DFP auf dem Feld der Chinapolitik erfolgreich begegnen zu können.

Insgesamt gesehen stellt der Ausgang der Präsidentschaftswahlen die taiwanische Demokratie vor neue Herausforderungen, da die beiden wichtigsten politischen Lager auf der Insel nahezu gleichstark sind und der gewählte Amtsinhaber insofern kein klares Mandat für einschneidende politische Reformvorhaben oder neue chinapolitische Initiativen besitzt. Stellt man jedoch in Rechnung, dass Chen Shuibian sich gegen eine Allianz seiner stärksten Gegner behaupten konnte und im Vergleich zum Urnengang von 2000 deutlich an Stimmen hinzugewann, könnte man die derzeitige Polarisierung auch als Momentaufnahme eines längeren Prozesses begreifen, in dem das grüne Lager allmählich und stetig die Suprematie über die Parteien des blauen Lagers bzw. die taiwanische Politik erlangt. Dieser Trend scheint

¹⁶ "Experts weigh up post-election future", *Taipei Times*, 23. März 2004.

parteipolitisch nur aufzuhalten sein, wenn das blaue Lager sich auf dem alles überragenden Feld der Chinapolitik noch stärker auf die Linie des grünen Lagers zubewegt, als das bisher geschehen ist.¹⁷ In diesem Fall könnten zukünftig andere Themen für den Ausgang von Wahlen wichtiger werden, vor allem Themen der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Eine solche Entwicklung implizierte aber auch, dass sich die nationale Identität Taiwans weiter auf eine nicht mehr disponible Souveränität der Republik China festlegte und das 'Ein-China'-Prinzip als normativer Bezugspunkt für eine sino-taiwanesischen Annäherung somit obsolet würde.

¹⁷ Im Vorfeld der Wahlen hatten Lian Zhan und andere führende GMD-Politiker mehrfach erklärt, dass eine Wiedervereinigung mit China nicht die einzige Option und die Unabhängigkeit Taiwans durchaus zu erwägen sei (!). Siehe z.B. "The Straits grows wider", in: *Far Eastern Economic Review*, 4. März 2004, 24-28 (26).